

Geschäftszahl:
BMSGPK:
BMFFJI: 2021-0.870.990

1/24
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

2,5 Millionen Euro jährlich für Maßnahmen zur Stärkung der psychosozialen Gesundheit von Menschen in schwierigen Lebensphase sowie ihren An- und Zugehörigen

Psychosoziale Gesundheit hat maßgeblichen Einfluss auf unser Leben. Der über 50 Jahre alte und gern zitierte Satz „*There is no health without mental health*“ drückt aus, dass psychosoziale Gesundheit von vielen Aspekten beeinflusst wird, auf welche die oder der Einzelne nur bedingt Einfluss nehmen kann.

Psychische Erkrankungen zählen zu den häufigsten Ursachen krankheitsbedingter Beeinträchtigungen in Europa und Österreich: Jedes Jahr ist etwa ein Viertel der Bevölkerung in Österreich von einer psychischen Beeinträchtigung betroffen. Das ist – neben dem persönlichen Leid – auch volkswirtschaftlich bedeutsam: In den vergangenen Jahren sind sowohl Krankenstandstage als auch Ausgaben für Invaliditätspensionen und Rehabilitationsgelder aufgrund psychischer Erkrankungen stark angestiegen. Zugleich ist im Verlauf der Covid-19-Pandemie – und auch in ihrer Folge – von vielfältigen zusätzlichen psychosozialen Belastungen der gesamten Bevölkerung auszugehen. Es ist bekannt, dass Krisen zu einem allgemeinen Anstieg psychischer Belastungen in der Gesamtbevölkerung führen. Viele Menschen sind von Ängsten bezüglich ihrer Gesundheit und der Gesundheit ihrer An- und Zugehörigen geplagt, haben berufliche und finanzielle Sorgen bzw. Zukunftsängste. Während die Verarbeitung einer Krise für niemanden einfach ist, sind manche Gruppen besonders stark betroffen. Überdies zeigen Studien, dass sich der Peak der psychosozialen Belastungen und Belastungsreaktionen erst beim Abflauen der Krise zeigen wird.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die psychosoziale Gesundheit pandemiebedingt in vergleichbarem Ausmaß wie die somatische Gesundheit gefährdet ist und daher dringend genauso in den Fokus der Präventionsmaßnahmen zu nehmen ist.

Seitens des BMSGPK werden daher bereits zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung der psychosozialen Versorgung und somit zur Verbesserung der psychosozialen Gesundheit der Bevölkerung geplant und umgesetzt. Die Covid-19-Pandemie erfordert allerdings weitere Maßnahmen, um auf die steigenden psychosozialen Belastungen entsprechend reagieren zu können. Überdies braucht es begleitend zur Umsetzung des Erkenntnisses des österreichischen Verfassungsgerichtshofes zum assistierten Suizid eine Stärkung der Suizidprävention sowie zusätzliche psychosoziale Hilfestellungen für Betroffene und deren gesamtes Umfeld.

Ziel ist es, die im Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz in der UG 24 veranschlagten Budgetmittel für Förderungen im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention zusätzlich für das Jahr 2022 um 2,9 Millionen Euro und ab 2023 jährlich um 1,9 Millionen Euro aufzustocken, um Projekte und Maßnahmen, die zur Stärkung der psychosozialen Gesundheit von Menschen in schwierigen Lebensphasen sowie ihren An- und Zugehörigen beitragen, in entsprechendem Ausmaß fördern zu können.

<https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitsfoerderung/Foerderung-der-Sektion-VI/Gesundheitsfoerderung-und-Pr%C3%A4vention.html>

Begleitend soll eine Awareness-Kampagne lanciert werden, um auf die Möglichkeit der Einreichungen und der Erhöhung der Budgetmittel aufmerksam zu machen. Mit diesem Bündel an Maßnahmen soll es gelingen, Menschen in schwierigen Lebensphasen bessere Hilfestellung zu ermöglichen und sie besser zu informieren. Im Zuge dieser Kampagne soll auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Gatekeeper-Schulungen forciert werden. Gatekeeper der Suizidprävention sind Berufsgruppen bzw. Personen, die eine Schlüsselposition als AnsprechpartnerInnen für betroffene Risikopersonen einnehmen. Diese Personen kommen aufgrund ihrer beruflichen oder sozialen Position mit suizidgefährdeten Personen in Kontakt und haben dabei die Chance, suizidpräventive Hilfestellung zu geben bzw. essentielle professionelle Hilfe zu vermitteln. Regionale Anlaufstellen für Gatekeeper-Schulungen sowie weitere Informationen finden sich unter: <https://suizidpraevention-gatekeeper.at/regional>

Auch das Bundeskanzleramt – Sektion Familie und Jugend – setzt einen Schwerpunkt im Bereich der psychosozialen Gesundheit und Prävention. Die vom BKA geförderten rund 400 Familienberatungsstellen sind Eckpfeiler der psychosozialen Versorgung der österreichischen Bevölkerung. Hochqualifizierte Teams von Ärztinnen und Ärzten, Psychologinnen und Psychologen, Juristinnen und Juristen, Ehe- und Familienberaterinnen und -beratern sowie Sozialarbeiterinnen und -arbeitern führen flächendeckend

Beratungen in Krisensituationen durch. Das Konzept der geförderten Familienberatungsstellen ist in Europa einzigartig. Nicht zuletzt während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig Familienberatungsstellen in ganz Österreich sind. Daher wird das Familienberatungsförderungsbudget ab 2022 jährlich um 600.000 Euro aufgestockt.

Präventive Unterstützungsleistungen zur Verbesserung der psychosozialen Gesundheit in Form von Beratungen in den Familienberatungsstellen werden weiter ausgebaut, um Menschen in schwierigen Lebenslagen bestmöglich zu unterstützen. So sollen etwa begleitende Beratungen zur Umsetzung des Verfassungsgerichtshof-Erkenntnisses zum assistierten Suizid geleistet werden, um insbesondere auch An- und Zugehörigen von sterbewilligen Personen entsprechende psychosoziale Hilfestellungen zu bieten.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle die weitere Umsetzung des beschriebenen Vorhabens beschließen.

15. Dezember 2021

Dr. Wolfgang Mückstein
Bundesminister

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin